

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 34 (1993)  
**Heft:** 22

**Artikel:** Europa wird Bundesstaat : Diskussionsbeitrag zur europäischen Integration  
**Autor:** Büscher, Reinhard  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1092801>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Diskussionsbeitrag zur europäischen Integration

# Europa wird Bundesstaat

1992 war das Jahr Europas. Doch der Jubel über die Vollendung des Binnenmarktes ist schnell wieder verflogen, und das ausgerechnet in einer Zeit, in der die EG eigentlich dringender denn je gefordert ist.

Erstens muss die steigende Arbeitslosigkeit in der EG entschlossener bekämpft werden, wenn der Binnenmarkt seine Glaubwürdigkeit nicht gleich wieder verlieren soll. Zweitens braucht der Binnenmarkt dringend eine gemeinsame europäische Währung, um wettbewerbsverzerrende Währungsschwankungen zu vermeiden und das Stabilitätsbewusstsein in der Gemeinschaft dauerhaft zu festigen. Drittens muss sich die EG rechtzeitig auf neue Mitglieder einstellen, um auch in Zukunft handlungsfähig zu bleiben.

## Demokratiedefizit überwinden

Nur eine starke EG kann die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen, eine einheitliche europäische Währung schaffen und die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft sichern. Ohne die Perspektive eines europäischen Bundesstaates gibt es keine Hoffnung auf ein solidarisches Handeln in Europa zur Lösung der anstehenden Zukunftsprobleme.

Es besteht sogar die Gefahr, dass selbst das Erreichte wieder verlorengeht, wenn es nicht gelingt, die Gemeinschaft auf eine verlässliche und demokratisch gesicherte Grundlage zu stellen. Die EG muss unbedingt weiter entwickelt und vertieft werden, weil sich nur so das Demokratiedefizit der Gemeinschaft beseitigen und die europäische Zusammenarbeit effizienter gestalten lässt. Geschieht dies nicht, wird die EG immer ein fragiles Gebäude bleiben, das irgendwann einmal an mangelnder demokratischer Akzeptanz zerbrechen wird.

Es ist verständlich, dass sich die euphorische Stimmung des Jahres 1992 so nicht erhalten hat und jetzt einer nüchterneren, bisweilen sogar trotzig-pessimistischen Stimmung gewichen ist. Das Binnenmarktprogramm konnte überhaupt nur deshalb durchgesetzt werden, weil es ein festes Zieldatum gab und niemand ein Scheitern dieses bislang ehrgeizig-

sten Integrationsprojekts der Gemeinschaft riskieren wollte. So wurde unter enormem Druck innerhalb kürzester Zeit ein europäischer Rechtsrahmen geschaffen, was allen Mitgliedstaaten ein erhebliches Mass an Kompromissbereitschaft abverlangte. Dazu hat das Mehrheitsprinzip entscheidend beigetragen. Nur so waren die Mitgliedstaaten letztlich, oft zähneknirschend, bereit, nationale Monopole zu beseitigen und überkommene Vorschriften anzupassen.

## Rechtsharmonisierung kontra nationale Souveränität

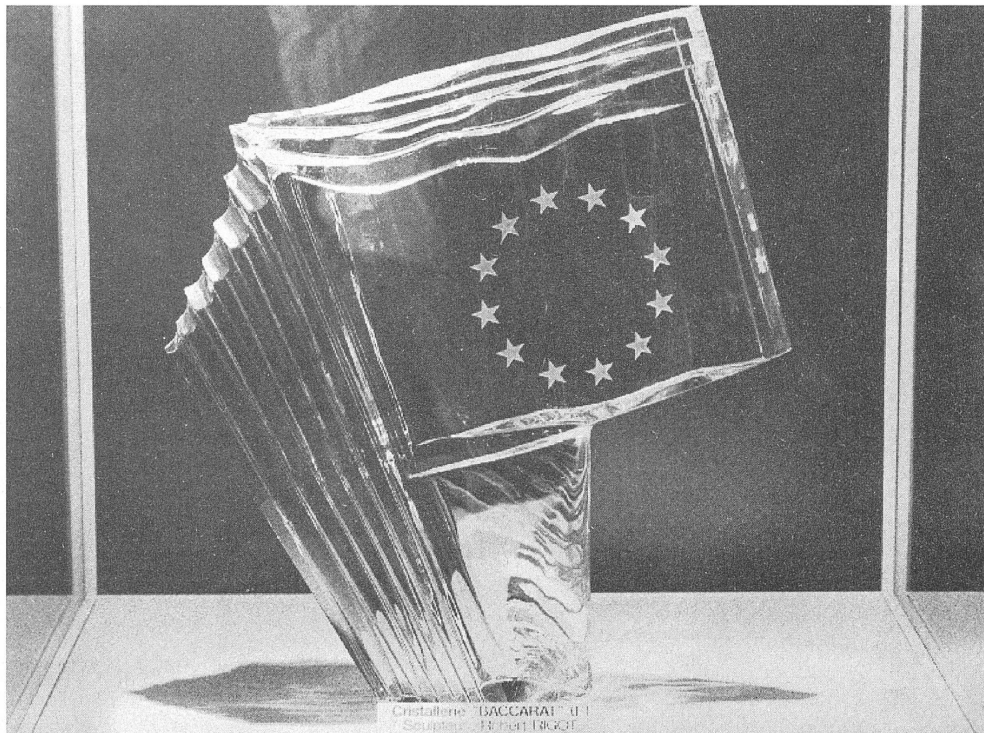
Erst jetzt wird vielen so richtig bewusst, in welchem Masse der Binnenmarkt die nationale Souveränität einschränkt. Der Souveränitätsverzicht geht weit über die harmonisierten Rechtsvorschriften hinaus. Durch den Binnenmarkt wird das Nichtdiskriminierungsgebot in der Ge-

Ohne die Perspektive eines europäischen Bundesstaates gibt es keine Hoffnung auf ein solidarisches Handeln in Europa zur Lösung der anstehenden Zukunftsprobleme.

meinschaft endgültig durchgesetzt. Das bedeutet, dass nationales Recht gegenseitig anzuerkennen ist und andere EGBürger und Unternehmen nicht benachteiligt werden dürfen. Das engt den nationalen Entscheidungsspielraum natürlich beträchtlich ein. Es ist nicht erstaunlich, wenn nationale Politiker sich jetzt gegen diesen Verlust an politischer Einflussmöglichkeit zu wehren beginnen.

In wirtschaftlich schweren Zeiten schwindet offenbar die Solidarität untereinander, und es wächst das Bedürfnis nach Abgrenzung und nationaler Identität. In den Mitgliedstaaten gibt es ein zunehmendes Bedürfnis, sich von der Gemeinschaft abzugrenzen und wieder stärker nationale Eigeninteressen zu verfolgen. Neben der Erfahrung, dass der Binnenmarkt einen erheblichen Souveränitätsverzicht bedeutet, hat dazu wohl auch die immer noch nicht beendete Debatte um die Maastrichter Verträge beigetragen.

Kristallskulptur in der Eingangshalle des Gebäudes der EG-Kommission (Foto: Keystone).



**Dialog**

Mit der Veröffentlichung von Beiträgen zur europäischen Integration möchten wir auch den Dialog zwischen Befürwortern und Gegnern fördern. Leserbriefe zu diesem Beitrag möchten wir deshalb nicht nur in den nächsten Nummern von «zeitbild» publizieren, sondern wir werden sie auch an den Autor weiterleiten.

Kaum jemand erinnert sich heute noch daran, dass Maastricht auch der Versuch war, das wiedervereinigte Deutschland stärker in die Gemeinschaft einzubinden. Die Angst vor einem «deutschen Europa» ist inzwischen der Erkenntnis gewichen, dass ein «europäisches Deutschland» auch von anderen Mitgliedstaaten eine stärkere Europäisierung verlangt. Auf eine solche Debatte scheint die europäische Öffentlichkeit jedoch nicht genügend vorbereitet zu sein. Allzulange wurde der Eindruck vermittelt, als werde über wirtschaftliche Fragen immer noch vorwiegend in den nationalen Hauptstädten entschieden und nicht schon längst auch in Brüssel.

Nach den teilweise heftigen Protesten gegen die nächsten Einigungsschritte einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie einer engeren aussen- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit («Politische Union») kehrte sich dies plötzlich in den Vorwurf um, in Brüssel werde viel zu viel geregelt. Die daraus entstandene Subsidiaritätsdebatte wurde daher nicht zuletzt mit dem Ziel einer «Renationalisierung» der Politik geführt. Darin offenbart sich jedoch ein falsches und nicht zuletzt auch gefährliches Verständnis von Subsidiarität.

**Lehren aus Maastricht**

Die EG ist schon heute mehr als ein Staatenbund. Über wesentliche Politikbereiche wird bereits gemeinschaftlich entschieden. Dahinter will im Grunde auch niemand mehr zurück. Um so wichtiger ist es, die europäischen Aufgaben und Kompetenzen klar und deutlich von den nationalstaatlichen abzugrenzen. Subsidiarität lässt sich sinnvoll nur im Rahmen eines europäischen Bundesstaates definieren, der verfassungsmässig fest verankert und demokratisch ausreichend legitimiert ist.

Denn selbstverständlich muss auch über europäische Fragen demokratisch und nach klaren Verfassungsgrundsätzen entschieden werden. Dies ist im übrigen auch die einzige Möglichkeit, um die Zustimmung der Bürger zum europä-

Maastricht war auch der Versuch, das wiedervereinigte Deutschland stärker in die Gemeinschaft einzubinden.

Als ein loser Staatenbund von 18, 24 oder sogar noch mehr Ländern ist die EG nicht überlebensfähig.

schen Einigungsprozess zu erreichen. Mehr und bessere Information reicht dafür allein nicht aus. Der Bürger will nicht nur über Europa informiert werden, sondern vor allem will er auch mit über den weiteren Einigungsprozess entscheiden. Das ist die wesentliche Lehre aus Maastricht.

**Mut zu mehr Gemeinsamkeit**

Wie soll es nun also weitergehen? Kurzfristig ist das Wichtigste, dass die EG wieder ihre europäische Führungsrolle übernimmt, wie sie dies bei der Durchsetzung des Binnenmarktprogramms so erfolgreich getan hat. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist allerdings ein noch schwierigeres Unterfangen als die Beseitigung nationaler Handelshemmnisse. Hierbei geht es vor allem darum, die Bereitschaft zum Strukturwandel nachhaltig zu stärken. Auch in der Frage einer einheitlichen europäischen Währung muss die EG Mut zu mehr Gemeinsamkeit beweisen.

Gegenwärtig erfüllen zwar nur Dänemark und Luxemburg die strengen Stabilitätskriterien für einen Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion, aber trotzdem muss am Zeitplan unbedingt festgehalten werden: 1996 kann beitreten, wer dies kann und will; 1999 muss dann beitreten, wer die Stabilitätskriteri-

en erfüllt. Daran darf kein Zweifel aufkommen, damit die Mitgliedstaaten ihre Konsolidierungsbemühungen fortsetzen und künftige Währungsturbulenzen vermieden werden. Und schliesslich muss die Gemeinschaft die Weichen für eine Erweiterung im Jahre 1995 von zwölf auf vielleicht 16 Mitglieder stellen. Die nächste Erweiterungsrunde erfordert dann bereits einen energischen Schritt hin zu einem europäischen Bundesstaat, der diesen Namen wirklich verdient.

Als ein loser Staatenbund von 18, 24 oder sogar noch mehr Ländern ist die EG jedenfalls nicht überlebensfähig. Wer trotzdem für ein «Europa der Nationen» plädiert, sollte wenigstens so ehrlich sein, dass er damit eigentlich die Abkehr von der EG als Rechts- und Solidargemeinschaft meint. Der Erfolg der EG bemisst sich nicht nur an politischen Idealen, sondern vor allem auch an der praktischen Fähigkeit, die alltäglichen Konflikte zwischen den Mitgliedstaaten friedlich zu lösen. Daran gemessen, war und ist die EG bislang äusserst erfolgreich, jedenfalls erfolgreicher als der geschichtlich gescheiterte Versuch eines «Gleichgewichts der Kräfte» zwischen souveränen Nationen. Europa darf sich nicht wieder zurückentwickeln. Zum europäischen Bundesstaat gibt es daher keine realistische Alternative.

*Reinhard Büscher, Kabinett Martin Bangemann, EG-Kommission Brüssel*

**Bestellschein für zeitbild**

Schenken Sie das **zeitbild** Ihren Bekannten!

Ich bestelle das **zeitbild**

- Geschenkabo zu sFr. 50.- (Preis für Abonnent/innen)
- für 2 Jahre zu sFr. 100.- (Ausland sFr. 120.-)
- Probenummern
- Jahresabo zu sFr. 59.- (Ausland sFr. 65.-)

Name und Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Tel./Fax: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an **zeitbild**, Postfach, CH-3000 Bern 6